

Antworten von René Pönitz, Direktkandidat für Wahlkreis 1.

A 100: Was schlagen Sie vor, um die Bewohner Alt-Treptows in den Nebenstraßen vor einer Blechlawine zu schützen, nachdem der Anschluss der A100 am Parkcenter fertig gestellt ist?

Diese Probleme waren uns im Vorfeld bekannt und wir haben deshalb gegen diesen Weiterbau gekämpft. So bin ich seit 2008 in der Bürgerinitiative Stadtring-Süd.

Im Wahlprogramm lehnen wir den Weiterbau ab. Es gibt auch Forderungen nach Rückbau, da der im Bau befindliche Abschnitt zu keinen stabilen Ergebnissen kommen wird.

Natürlich werden wir auch im Kleinen verschiedene Dinge anpacken, nachfolgend einige unserer Vorschläge:

- * Die Elsenstraße bekommt zwischen Am Treptower Park und Kiefholzstraße die dringend benötigten Radwege.
- * Kappung der Kiefholzstraße an der Elsenstraße in Richtung Westen für Kfz-Verkehr
- * Aus Teilen der Kiefholz- und Bouchéstraße könnte eine Fahrradstraße werden.
- * Das Gebiet um den Schmollerplatz inklusive der Zufahrten wäre für eine Begegnungszone bzw. Shared Space geeignet
- * Installation weiterer Zebrastreifen (z.B. Karl-Kunger-Straße in Höhe Elsenstraße)

Der Verkehr hat zugenommen und wird für alte Menschen, Fahrradfahrer und Kinder in Alt-Treptow immer gefährlicher. Sehen Sie die Notwendigkeit in diesem Ortsteil ein auf diese Gruppen abgestimmtes Verkehrskonzept zu entwickeln? Welche Schwerpunkte setzen Sie? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ja! Neben den schon unter 1 aufgeführten Vorschlägen brauchen wir durchaus ein Konzept, in dem auch Menschen aus den jeweiligen Gruppen (z.B. Seniorenbeirat, ADFC, Fahrgastverband, Bezirkselfernausschuss ...) vertreten sind, so dass an deren Bedarf nicht vorbei geplant wird.

Allerdings brauchen wir nicht nur ein Konzept, denn viele Ideen sind ja bereits niedergeschrieben. Häufig scheitern aber diese Dinge an der Verkehrslenkung Berlin, der Landesbehörde für Verkehr.

Schwerpunkte sollten dabei sein:

- * Sicherung der Schulwege - in Kooperation mit Eltern (Einerseits für die Kinder, andererseits um Eltern-Taxis zu reduzieren)
- * Radverbindungen zwischen Treptower Park und Neukölln herstellen (Hier fehlen schlicht und ergreifend Verbindungen)
- * Verkehrsberuhigung in Nebenstraßen (insbesondere sollte die Strecke Bouchéstraße-Kiefholzstraße keine Umfahrung der Hauptstraßen darstellen)

Grünflächen: Steigende Einwohnerdichte und Tourismus haben zu einer deutlich höheren Nutzungsfrequenz auf unseren Grünflächen geführt. Insbesondere der Schlesische Busch und der Mauerstreifen werden extrem verschmutzt und der Pflanzenwuchs wird beschädigt. Welche Maßnahmen werden Sie vorschlagen/ unterstützen oder empfehlen neu einzuführen, um den Schutz der Grünanlagen künftig zu verstärken? Wie kann hierfür eine Finanzierung sicher gestellt werden?

Wenn Grünanlagen intensiver genutzt werden, so müssen sie auch intensiver gereinigt werden. Auch muss für diesen Bedarf ausreichend Müllkapazitäten zur Verfügung stehen.

Der Schlesische Busch ist eine von zwei legalen Grillstellen im Bezirk - und wird dadurch sehr intensiv genutzt. Wir wollen gerne mehr Grillstellen ausweisen, so dass der Druck auf diese eine Fläche abnimmt, zudem auch den Bezirk Neukölln in die Pflicht nehmen, die Vorgaben aus dem Grünanlagengesetz umzusetzen (Im Schlesischen Busch sind auch viele Neuköllner, weil es im gesamten Bezirk Neukölln keine Grillstelle existiert).

Die aktuelle Intensität der Nutzung rechtfertigt die Aufstellung eines Toilettenhäuschen - auch vor dem Hintergrund, den Wildpinklern eine Alternative zu bieten! Bisher hinderte uns ein Vertrag mit der Wall AG.

Die Finanzierung kann dadurch erfolgen, dass durch intensive Nutzung ein Mehraufwand bei der Mittelzuweisung berücksichtigt wird. Zudem benötigen wir eine weitere Aufwandsklasse für Grillflächen.

Durch die mittlerweile hohe Zahl an Kindern sind die vorhandenen Spielflächen nicht ausreichend. Insbesondere für Kinder ab 8 Jahren gibt es kaum ein Angebot. Halten Sie es für notwendig, neue Flächen als Spielflächen zu gestalten? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht? Wie kann das finanziert werden?

Die PIRATEN fordern eine Änderung im Baurecht, nach der nur dann in einem Gebiet nachverdichtet werden kann, wenn auch die soziale Infrastruktur (neben Kitas zählen dazu auch Grundschulen, Freiflächen und Spielplätze) sichergestellt ist. Wenn sozialer Wohnungsbau entsteht, wäre die Finanzierung mit dem Land zu klären, sonst obliegt es beim Vorhabensträger. Allerdings dürfen diese Spielplätze nicht nur den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern vorbehalten sein.

Auf dem den Land oder Bezirk gehörenden Gebieten ist es nur schwer möglich, weitere Flächen als Spielplätze auszuweisen. Vorschläge nehmen wir gerne an.

Wie lauten die Prognosen zum Bedarf von Kita-, Hort- und Grundschulplätzen in Alt-Treptow? Welche Maßnahmen werden ergriffen oder sind in Planung, um diesen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen unterstützen Sie?

Wie auch schon in der Frage zuvor, wollen wir bei neuen Vorhaben Investoren in die Pflicht nehmen.

Der Stadtrat für Arbeit, Soziales und Gesundheit (Linke) hat im letzten Jahr das Demografiekonzept vorgelegt, was genau diese Antworten liefern sollte, jedoch nicht liefert. Diese Änderung haben die PIRATEN bereits eingefordert, wurden aber noch nicht geleistet.

Unbenommen vom Bedarf sehen wir bereits jetzt schon eine Überbelegung, beispielsweise an den beiden Grundschulen.

Senioren: In unserem Kiez leben auch viele ältere und alte Menschen. Sie sind von dem Mangel an Fachärzten besonders betroffen und es werden zunehmend Pflege- und Betreuungskapazitäten erforderlich sein. Sehen Sie Möglichkeiten um auf die Gewinnung von Fachärzten Einfluss zu nehmen? Welche Vorhaben, Ideen haben Sie, die Herausforderung in der Versorgung und Pflege, die durch den demografischen Wandel entsteht, im Bezirk und im Ortsteil zu bewältigen?

Wir sehen auch diese Sorge, gerade im Hinblick auf die demografischen Veränderungen

(Lebenserwartung, ..). Das Demografiekonzept hätte uns hier Einblicke auf konkrete Bedarfe geben können, doch leider wird dies nur als Wirtschaftsmaßnahme eingeordnet. Wir erwarten aber, basierend auf den Einwohnerzahlen und Prognosen den Fachärztebedarf. Diese Änderung haben die PIRATEN bereits eingefordert.

Die aktuellen Entwicklungen im Gebiet der Lohmühlenstraße 65 betrachten wir zudem mit Sorge.

Das Land Berlin hat mit dem Programm Schulsozialarbeit einen wichtigen Schritt zur Förderung und Integration von bildungsbenachteiligten und bildungsschwachen Schülern/innen unternommen. Nach welchen Kriterien wird die Förderung vergeben? Welchen Einfluss haben Bezirkspolitiker auf die Vergabe von Mitteln? Werden Sie sich für die Ausweitung von Schulsozialarbeit auf weitere Grundschulen einsetzen? An welchen sehen Sie diesen Bedarf? Gibt es im Bezirk eine Definition/Beschreibung/ Konzept über die Förderbedarfe von Schulen für Schulsozialarbeit? Wenn ja, in welchen Punkten teilen Sie es? Wenn nein, werden Sie sich für die Entwicklung eines Konzeptes einsetzen?

Inklusion ist eine anerkannte und von uns besonders gewollte Aufgabe. Dazu bedarf es auch Personal, das dafür fachlich qualifiziert ist. Leider sind derzeit Erzieher und Sozialarbeiter kaum zu gewinnen. Hier wollen wir sowohl das Bezirksamt, wie auch den Senat in die Pflicht nehmen, dazu Gespräche mit den Hochschulen zu führen und vor allem attraktive Voraussetzungen zum Beruf in den Schulen zu schaffen.

Welche Alternativen zur Unterstützung von lernschwachen Kindern gibt es sollen Ihrer Meinung nach an den Schulen, an denen es keine Schulsozialarbeit gibt, vorhanden sein? Welche Mittel und Maßnahmen soll der Bezirk im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung von lernschwachen und/oder verhaltensschwachen Kindern an diesen Schulen zu Verfügung stellen? Nach welchen Kriterien sollen die Mittel/ Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die zur schulischen Förderung, auf die Bezirksregionen verteilt werden?

wie oben; die Gesetze zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sind in der Regel Bundesgesetze; zum Teil mit Ermächtigung, dies auf Landesebene zu regeln. Der Jugendhilfeausschuss ist als gesetzlicher Ausschuss berechtigt, im Rahmen der dem Jugendamt zur Verfügung gestellten Mittel über deren Verwendung verpflichtend zu verfügen. Leider sind die Zuweisungen ungenügend, vor allem unter dem Aspekt, dass gesetzliche Vorschriften (insbesondere Hilfen zur Erziehung) vorrangig zu bedienen sind. Auch ist die Schnittstelle zur Schule mit der Komplikation von Bezirks- und Landeszuständigkeit besonders erschwerend

Wohnen: Die Erfahrungen mit dem Milieuschutz aus anderen Kiezen zeigen bisher, dass die Verwaltungen die ihnen damit in die Hand gegebenen Mittel nicht ausreichend nutzen, zum Teil auch wegen chronischer Unterbesetzung. Was werden Sie unternehmen, um die Verwaltung besser für ihre entsprechenden Aufgaben auszustatten? Zur Zeit werden trotz Umwandlungsverordnung 74% aller Anträge auf Umwandlung von Miet in Eigentumswohnungen in den Berliner Milieuschutzgebieten genehmigt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verwaltungen künftig in den Milieuschutzgebieten die Umwandlung in Eigentumswohnungen nicht mehr genehmigen? Wenn ja, wie?

Das Problem in Alt-Treptow ist vor allem, dass die CDU sich Münchner Mietpreise wünscht und die SPD den Milieuschutz über Jahre verschleppte. Nun gibt es seit Juli 2016 den Milieuschutz, zuvor konnten zwei Jahre lang die Gebäudeeigentümer die Mietwohnungen umwandeln und vorab die Wirksamkeit zum Schutz der Mieter hierbei vereiteln.

Aktuell läuft die Debatte um Milieuschutz in Schöneweide, die wir unterstützen. Als PIRATEN haben wir auch die Debatte in Baumschulenweg angestoßen.

Wir wollen die bisherige Personalpolitik ändern. Der Bezirk wurde vom Senat nahezu genötigt, bis 2020 über 300 Stellen (gegenüber 2013) abzubauen. Das kann nicht funktionieren, wenn gleichzeitig weitere Aufgaben hinzukommen. Wir stimmen der Beobachtung des Sozialbündnis zu, dass das Personal unzureichend ist zur Bewältigung dieser Aufgaben. Das trifft übrigens auch auf die Umsetzung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes zu.

Selbstverständlich werden wir uns auch künftig dafür einsetzen, dass diese Umwandlung nicht mehr erfolgt (mit Ausnahme selbstgenutztem Eigentums durch die bisherigen Mieter).

Allerdings löst Milieuschutz nicht das Problem steigender Mieten und immer knapperen Anzahl freier Wohnungen. Daher werden wir uns auch dafür einsetzen, dass insbesondere mit den landeseigenen Unternehmen günstiger Wohnraum geschaffen wird.

Mit piratigen Grüßen,
René Pönitz